

lernen, denn wir können unsere Zukunft heute nur im Weltzusammenhang suchen. Und auch dieses Denken wird nur dann überzeugend sein, wenn wir in unserem Verhalten zueinander, in der Gestaltung der eigenen Gesellschaft und im Verhältnis zu anderen Völkern die Ehrfurcht vor der Kreatur bewähren, die wir selbst sind. Wenn wir es in dieser Weise vermögen, uns einen geistigen Weg zur politischen Gegenwart der Welt zu bahnen, wird die Verdrossenheit weichen, die allzuoft heute noch unser politisches Empfinden beherrscht. Der Gedanke an die Deutschen, die in der Unfreiheit der Sowjetzone als innerlich freie Menschen sich aufrecht erhalten, und das Gedenken derer, die am 17. Juni 1953 den Mut zum Widerstand fanden, sollte uns helfen abzutun, was von selbstischer und geistiger Unentschlossenheit noch in uns steckt. Vermögen wir im Wissen um das Rechte die Aufgabe der Gegenwart zu ergreifen, dann könnte es uns gegeben sein, unseren Beitrag zu leisten zu einer gesunden Zukunft des Menschen. Dann könnte es uns gegeben sein, daß wir in der rechten Gesinnung bestehen auch vor dem Gebot der tätigen Liebe zu dem Land und zu dem Volke, denen wir sie schuldig sind.

HANS ROOS

DIE „PRÄVENTIVKRIEGSPÄNE“ PILSUDSKIS VON 1933

1. Zur Überlieferung

Die Entwicklung der außenpolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen im Jahre 1933 hat insbesondere wegen des scheinbar so überraschend abgeschlossenen Nichtangriffspaktes vom 26. Januar 1934 erhebliche geschichtliche Bedeutung. Vor allem geht es in diesem Zusammenhang um die Aufklärung der vielfach undurchsichtigen Motive des polnischen Partners. Um so mehr verdienen die seit Mitte der Dreißiger Jahre immer wieder auftauchenden Angaben Beachtung, Marschall Pilsudski habe vor dem Abschluß des Deutschlandabkommens mehrmals versucht, die französische Regierung zu einem gemeinsamen „Präventivkrieg“ gegen Hitler und sein Regime zu drängen. Die französische Regierung soll diese mehrfachen Angebote entweder abgelehnt oder doch mit Stillschweigen übergangen haben. Dieses Sichversagen Frankreichs, das Polen nach Ansicht der Warschauer Regierung der deutschen Revisionspolitik preisgab, gilt als wesentlicher, wenn nicht sogar entscheidender Beweggrund für die Bereitschaft Pilsudskis, auf die Werbungen Hitlers einzugehen.

Die Klärung der Frage, ob die Angaben über den „Präventivkrieg“ Pilsudskis real fundiert sind, oder ob sie erst hinterher verbreitet wurden, um dem Marschall ein Alibi für seine Deutschlandpolitik zu schaffen, wird durch die Tatsache erschwert, daß bis heute kein dokumentarisches Material über das Präventivkriegsthema bekannt geworden ist. Immerhin liegen seit 1933/34 Nachrichten vor, die mindestens indirekt auf eine derartige Initiative hinweisen. Sie knüpfen sich vor

allem an drei kritische Momente in den deutsch-polnischen Beziehungen: Die Westerplattenaffäre im März, die Viermächtepaktkrise im April und den Beginn der Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt im November und Dezember 1933. Die Feststellung, ob Pilsudski gegenüber Frankreich überhaupt die Initiative ergriff und welcher Art diese Initiative war, trägt also ganz wesentlich zur Erhellung der Hintergründe des Januarpaktes bei.

Die Westerplattenaffäre führte unmittelbar nach der Machtergreifung Hitlers eine sehr ernste Spannung zwischen dem Reich und Polen herbei. Marschall Pilsudski ließ am 6. März, also am Tage nach den deutschen Wahlen, wohl als Antwort auf die deutsche Wahlkampagne und eine offenbar damit im Zusammenhang stehende Korridorforderung Hitlers, die polnische Garnison auf der Westerplatte am Eingang des Danziger Hafens durch ein Bataillon Marine-Infanterie verstärken. Das geschah entgegen den bestehenden Abmachungen ohne Genehmigung durch den Hohen Kommissar des Völkerbundes. Als Grund für diese Maßnahme gab die polnische Regierung an, die bewaffnete SA und die Wehrverbände in Danzig beabsichtigten einen militärischen „Run“ auf die Westerplatte. Eine längere Verhandlung im Völkerbundsrat endete am 15. März mit einem Kompromiß; am 16. März wurden die Verstärkungen zurückgezogen. Während dieser Krise, also in der Zeit zwischen dem 6. und dem 16. März, soll Marschall Pilsudski zum erstenmal den Vorschlag eines „Präventivkrieges“ gegen das nationalsozialistische Deutschland an Frankreich gerichtet haben.

Das zweite Spannungsmoment, das diesmal durch die beiden für Polen bedenklichen Fragen der Aufrüstung Deutschlands und der Grenzrevision ausgelöst wurde, schloß sich unmittelbar an. Am 16. März legte der englische Premierminister MacDonald seinen Abrüstungsplan vor, der eine erhebliche Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen Deutschland und Polen vorsah und über den in den folgenden Wochen unter Beteiligung Frankreichs verhandelt wurde. Am 17. März reisten MacDonald und sein Außenminister Simon nach Rom, wo ihnen Mussolini den Entwurf eines Viererpaktes unterbreitete. Dieser Entwurf enthielt eine Klausel über die Möglichkeit von Grenzrevisionen im Rahmen der Völkerbundsatzung. Die englische Regierung stimmte dem Projekt grundsätzlich zu, ebenso die deutsche. Am 21. März erklärte sich auch Frankreich bereit, dem Viererpakt unter gewissen Bedingungen beizutreten. Nach polnischer Ansicht schien sich damit ein Viermächtedirektorium zu bilden, dessen Zustandekommen Polen unter Umständen mit der Abtretung seiner Westprovinzen bezahlt hätte. Polen und die Staaten der kleinen Entente nahmen daher seit Ende März sehr lebhaft gegen das Projekt Stellung. Anfang April brachen in Polen antideutsche Unruhen aus. Der Spannungszustand, der den ganzen Monat April anhielt – die Verhandlungen über den Viererpakt und den MacDonald-Plan gingen weiter –, kulminierte um den 21. April, als Pilsudski in Wilna weilte, eine Parade über 35 000 Mann abnahm und Dekrete für den Kriegsfall vorbereiten ließ. Etwa in dieser Zeit soll der Marschall der französischen Regierung das zweite Angebot gemacht haben. Die Krisis verklang erst, nachdem Hitler am 2. Mai dem polnischen Gesandten Wysocki ver-

sichert hatte, das Reich werde von den Revisionsmöglichkeiten des Viererpaktes keinen Gebrauch machen.

Der dritte Versuch Pilsudskis wird im allgemeinen in die Zeit nach dem 28. November, dem Tage, an dem er das formelle Angebot eines Nichtangriffspaktes erhielt, gelegt. Angeblich wollte der Marschall damit noch ein letztes Mal an die Entschlossenheit Frankreichs appellieren, bevor er mit Hitler abschloß. Das Stocken der deutsch-polnischen Verhandlungen im Dezember 1933 wird mit dieser Initiative in Zusammenhang gebracht. Indessen soll die französische Regierung auch diesmal auf sein Anerbieten nicht eingegangen sein.

Angesichts der unsicheren Überlieferung erscheint es notwendig, zunächst zu untersuchen, wann und wie die Gerüchte über den Präventivkriegsvorschlag in die Öffentlichkeit drangen. Pobóg-Malinowski, der ehemalige Archivchef des polnischen Außenministeriums, stellte in einem Aufsatz über die Genesis dieser Vermutungen¹ fest, sie hätten ihren Ursprung wahrscheinlich in den Indiskretionen, welche die französische Regierung zu Beginn des Jahres 1934 beging. Diese habe damit den deutsch-polnischen Ausgleich stören wollen. An Beweisen dafür fehlt es. Immerhin ist soviel richtig, daß bereits im Frühjahr 1934 ein erster Hinweis ans Licht trat. Hermann Rauschning, damals noch Präsident des Danziger Senats, sprach am 27. April 1934 davon, daß Danzig im April 1933 „nahezu unrettbar vor Ereignissen zu stehen schien, deren Fortgang nicht abzusehen gewesen wäre“; wenige Menschen seien sich dessen bewußt, „daß wir unmittelbar vor einem neuen Schuß von Serajewo standen“². Rauschning verfügte offenbar über Informationen, die aber nicht aus Paris, sondern von Pilsudski selbst stammten. Der tschechische Geschäftsträger in Warschau, Procházka, berichtete am 4. August 1937 darüber³: „Rauschning hatte Gelegenheit, über die polnisch-deutschen Beziehungen mit Marschall Pilsudski zu sprechen. Vor der Unterzeichnung des polnisch-deutschen Paktes vom Januar 1934 bot Polen wiederholt Frankreich an, mit ihm einen Präventivkrieg gegen Deutschland zu führen. Polen zauderte lange vor einer ernsten Änderung seiner politischen Orientierung, und zwar bis zum letzten Augenblick.“ In seinem 1938 erschienenen Buch „Die Revolution des Nihilismus“ schrieb Rauschning denn auch, daß das Reich im Januar 1934 „soeben durch die erste Gefahrenzone eines Präventivkrieges, an dem Polen besonders stark interessiert war, hindurchgekommen war“⁴.

Auf Rauschning stützte sich wahrscheinlich der amerikanische Historiker Bernadotte E. Schmitt, der im Dezember 1938 in einer Broschüre bemerkte: „... and in 1934, after France had declined her proposal for a preventive war, Poland concluded

¹ W. Pobóg-Malinowski, *Parę uwag o wojnie, ktorej nie było* (Einige Bemerkungen zu dem Kriege, der nicht stattfand) in: *Kultura*, Paris, Nr. 2/19, Mai 1949, S. 108–114.

² Rede Rauschnings vor der Danziger NSDAP (Sonderdruck Danzig 1934).

³ Bericht Procházkas vom 4. 8. 1937 in: *Europäische Politik im Spiegel der Prager Akten* (hrsg. vom Deutschen Institut für Außenpol. Forschung, bearb. v. Fritz Berber), Essen 1941, Nr. 79.

⁴ H. Rauschning, *Die Revolution des Nihilismus*, Zürich/New York 1938, S. 409. Vgl. auch S. 400.

a ten-year pact of nonaggression with her most dangerous enemy⁶.“ Durch Rauschning und Schmitt wurde das Thema „Präventivkrieg“ in der angelsächsischen Literatur zum ersten Male angeschlagen, und auf ihnen fußen offenbar, mindestens teilweise, viele der späteren Darstellungen. Indessen ist es möglich, daß Ward Price, der Korrespondent des Daily Mail, der im Juli 1939 eine kurze Andeutung darüber machte, daß Pilsudski im Jahre 1933 Frankreich eine „joint invasion of Germany“ vorgeschlagen habe⁶, über eigene Informationsquellen verfügte. Er weilte im Jahre 1933 in Berlin, hatte dort mit Hitler häufige Interviews und auch sonst Möglichkeiten der Unterrichtung.

Bald nach dem Polenfeldzug erhielten die Präventivkriegsgerüchte einen neuen Impuls. Im Januar 1940 gab der ehemalige polnische Außenminister Beck in seinem Kronstädter Exil dem Journalisten P. A. Waldo ein Interview, in dem er u. a. sagte: „Wie haben schon vor einigen Jahren vorausschauend den Alliierten ein Losschlagen gegen den Feind vorgeschlagen, als er seine Kräfte erst zu entfalten begann. Die Alliierten glaubten, daß sich dieses Problem ohne Krieg lösen lasse und die Deutschen in ihren Eroberungszügen aufgehalten werden könnten. Wir glaubten nicht daran und heute sehen wir, daß das Recht auf der Seite der polnischen Staatsraison war.“ Dieses Interview erschien in Nowy Świat, New York und in Wiadomości Codzienne, Cleveland, am 9. März 1940⁷.

Im zweiten Weltkrieg erschien eine ganze Plejade weiterer Veröffentlichungen. Es läßt sich kaum feststellen, in welchem Maße sie sich auf die bereits vorliegenden Angaben gründeten. Die Autoren entstammten meist der deutschen, französischen und polnischen Emigration. Konrad Heiden⁸, Alexander Werth⁹ und Robert Edward Dell¹⁰ gaben Hinweise auf Präventivkriegsabsichten Pilsudskis, von denen sie aber offenbar erst aus gedruckten Quellen wußten¹¹. Ausführlicher berichteten die Veröffentlichungen André Gérauds (Pertinax)¹² und Otto Katz' (André Simone)¹³. Simone gibt an, Marschall Pilsudski habe im März 1933 die französische Regierung von den deutschen Rüstungsabsichten unterrichtet und im Anschluß daran einen Präventivkrieg vorgeschlagen. Im April habe er dieses Angebot er-

⁶ Bernadotte E. Schmitt, *From Versailles to Munich: 1918–1938*, Univ. of Chicago Press (Dec. 1938), S. 9.

⁶ G. Ward Price, *Year of Reckoning*, London (Juli 1939), S. 66f. (Zitiert nach: Boris Čelovský, *Pilsudskis Präventivkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland (Entstehung, Verbreitung und Widerlegung einer Legende)* in: *Die Welt als Geschichte*, Jahrgang 1954, Heft 1, S. 53–70.)

⁷ Pobóg-Malinowski, a. a. O.

⁸ K. Heiden, *One Man Against Europe*, London (1939), S. 51, S. 58–60, S. 66–68.

⁹ A. Werth, *The Last Days of Paris: A journalist diary*, London (1940), S. 218–219.

¹⁰ R. E. Dell, *The Geneva Racket: 1920–1939*, London (1941), S. 200–204.

¹¹ Čelovský (a. a. O. S. 62, Anm. 56) zeigt, daß die früheren Veröffentlichungen Heidens, Werths und Dells diese Hinweise nicht enthielten.

¹² Pertinax, *Les Fossoyeurs*, New York 1945, Bd. II, S. 83. Auf Pertinax gründet sich M. Beloff, *The Foreign Policy of Soviet Russia*, London, New York, Toronto (1947), Bd. I, S. 92, Anm. 1.

¹³ A. Simone, *J'accuse. The Men Who Betrayed France*, London 1941, S. 40f.

neut gemacht und durch seinen Botschafter in Paris, Chłapowski, eine Denkschrift über den Grad der deutschen Aufrüstung überreichen lassen, die ohne Antwort blieb. Géraud vermutet, Pilsudski habe das Angebot im April deshalb gemacht, weil er annahm, daß Frankreich nicht zustimmen würde. So habe der Marschall ein Alibi für seine Deutschlandpolitik gefunden. Für Pertinax wie für Simone gilt, daß sie – gemäß ihrer linksradikalen Einstellung – bestrebt waren, die bürgerliche französische Regierung des Versagens gegenüber Hitler anzuklagen. Immerhin besagt das noch nicht, daß ihre Angaben, mögen sie auch phantasievoll aufgebauscht sein, freie Erfindungen darstellen. Daß in den Präventivkriegsgerüchten ein gewisser Wahrheitskern stecken mochte, legen zwei andere Veröffentlichungen dieser Zeit nahe. Harald Laeuen, der als deutscher Publizist bis 1939 jahrelang in Warschau gewohnt hatte und stets ungewöhnlich gut informiert war, schrieb in seiner 1940 erschienenen Arbeit über das Polen Pilsudskis¹⁴: „Man überlegte sich ernstlich die Frage, ob es Zeit sei, gegen Deutschland zu handeln. Die diplomatischen Akten über diese Vorgänge sind noch nicht geöffnet, doch spricht die Vermutung dafür, daß Polen den Gedanken eines Präventivkrieges unter dem Eindruck der inneren Umwälzung in Deutschland verfolgte und entsprechende Vorschläge in Paris machte¹⁵.“ Laeuen stellte fest, die Westerplattenaffäre „sollte vermutlich der Anfang eines großen Aktionsplanes sein . . . Die Westerplatte war ein Versuch, Frankreich durch Handeln zum Mitgehen zu bewegen“¹⁶. Laeuens polnischer Kollege Stanislaw Mackiewicz (Cat), der einstige Chefredakteur des „*Slowo*“ in Wilna, der bis zum März 1939 stets für eine deutschfreundliche Politik eingetreten war, bezeichnete 1942 die Westerplattenaffäre in etwas anderer Version als einen Versuch Pilsudskis, das Reich zu provozieren¹⁷.

Die Geschichtsschreibung der Nachkriegszeit bemächtigte sich des Präventivkriegsthemas. Als erster Autor handelte Zygmunt Wierzbowski in seinem 1946 erschienen Aufsatz „*La Pologne recouvre son indépendance (1914–1939)*“¹⁸ darüber. Es läßt sich allerdings kaum feststellen, woher er seine Angaben bezog. Wierzbowski schrieb, daß sich Marschall Pilsudski gleichzeitig an England und Frankreich mit dem Vorschlag gewandt habe, gemeinsam eine energische Aktion gegen das Reich zu unternehmen. Diese Initiative sei als Vorschlag zu einem Präventivkrieg ausgelegt worden. „*Il ne s'agissait en réalité*“, so betonte Wierzbowski, „*nullement de guerre préventive, mais tout simplement d'obliger le Reich – au besoin par une pression militaire de l'Angleterre, de la France, de la Pologne et de la Petite-Entente – à se conformer aux stipulations du Traité de Versailles, soit d'admettre le contrôle militaire international et de détruire le matériel de guerre illegal*“¹⁹.

¹⁴ H. Laeuen, *Polnisches Zwischenspiel. Eine Episode der Ostpolitik*, Berlin 1940.

¹⁵ Ebenda, S. 113–114.

¹⁶ Ebenda, S. 117.

¹⁷ St. Mackiewicz, *Polityka Józefa Becka (Die Politik Beck's)*, London 1942, S. 10. (Englische Ausgabe: *Colonel Beck and his policy*, London 1944, S. 15).

¹⁸ In der Enzyklopädie: *Pologne 1919–1939*, Neuchâtel (1946), Bd. I, S. 96–149.

¹⁹ Ebenda, S. 137.

Auf die Darstellungen Simones, Pertinax' und Wierzbowskis stützte sich eine Gruppe englischer Historiker. John Wheeler-Bennett schöpfte offensichtlich aus Simone, ohne seine Quelle zu nennen. Daneben gab er, wie Wierzbowski, an, Pilsudski habe seinen Vorschlag auch an England gerichtet²⁰. Hugh Seton-Watson²¹ und Robert Boothby²² vertraten eine ähnliche Version.

Die 1947 erschienene sowjetamtliche „Geschichte der Diplomatie“²³ brachte eine Darstellung, die sich offenbar auf Simone und Pertinax gründete und ebenfalls die Alibithese vertrat²⁴. Frau Pankratowa, die Autorin des dritten Bandes, gibt an, Pilsudski habe im März 1933 die französische Regierung informiert, „daß Deutschland in Verletzung des Versailler Vertrages verstärkt aufrüste“; der Marschall habe dann vorgeschlagen, „Maßnahmen gegen diese Gefahr zu ergreifen, denn diplomatische Vorstellungen in Berlin allein seien ungenügend, um etwas auszurichten“²⁵.

Ebenfalls im Jahre 1947 erschien das offiziöse, von Zygmunt Wojciechowski im Auftrag des polnischen Westinstituts in Posen herausgegebene Werk „Poland's Place in Europe“, in dem J. Feldman das Präventivkriegsthema behandelte²⁶. Nach ihm sah der Plan, den Pilsudski im April 1933 den Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vorlegte, einen „Appell an den Völkerbund vor, der eine Kommission zur Untersuchung der Rüstungen nach Deutschland senden sollte. Würde die Reichsregierung es ablehnen, diese Kommission zuzulassen, so sollte die französische Armee das Rheinland besetzen, die polnische Ostpreußen und Schlesien.“ Als dieser Plan von den Westmächten abgelehnt worden sei, habe Pilsudski versucht, „einen Konflikt mit dem Reich zu provozieren“. Erst das Gespräch zwischen Hitler und Wysocki am 2. Mai habe die Spannung beendet. Feldman gibt also genau dieselbe Version wie Wierzbowski, wobei es offen bleiben muß, ob er sie von ihm übernahm, oder ob er aus denselben unbekanntenen Quellen wie dieser schöpfte.

Ein Jahr später veröffentlichte Sir Lewis Namier sein Hauptwerk zur diplomatischen Vorgeschichte des Krieges²⁷ und gab darin an vier Stellen²⁸ Hinweise auf Präventivkriegsabsichten Pilsudskis. Die wichtigsten seien hier angeführt. „Shortly after Hitler's rise to power“, schrieb Namier, „Pilsudski suggested to France common military action against Germany: France would not take it, and in March-June 1933,

²⁰ J. Wheeler-Bennett, Munich: Prologue to Tragedy, London 1948, S. 283 f.

²¹ H. Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen 1918 bis 1941, Paderborn 1948, S. 493.

²² R. Boothby, Europa vor der Entscheidung. Düsseldorf 1951, S. 146.

²³ Geschichte der Diplomatie, herausgegeben von W. P. Potjomkin, Moskau 1947, Bd. III.

²⁴ Eine Quelle wird nicht zitiert; Simone und Pertinax, Bd. II erscheinen aber im Literaturverzeichnis.

²⁵ Geschichte der Diplomatie, III, S. 545. Vgl. auch S. 546–47.

²⁶ J. Feldman, Poland and Germany. The last ten years; in: Poland's Place in Europe, hrsg. von Z. Wojciechowski, Posen 1947, S. 385–86. (Benutzt wurde die von dem Deutschen Büro für Friedensfragen, Stuttgart, besorgte und mit der Originalpaginierung versehene maschinenschriftliche deutsche Übersetzung.)

²⁷ L. Namier, Diplomatic Prelude 1938–1939, London 1948.

²⁸ Ebenda, S. 10; S. 15; S. 97, Anm. 3; S. 439.

negotiations followed for a Four-Power-Pact²⁹." An anderer Stelle heißt es: „But on three occasions, in March and November 1933, and again in March 1936 (over the remilitarisation of the Rhineland), they suggested to France armed action against Germany. While Pilsudki's initiative in 1933, though authentic, cannot be easily documented, Beck's move in 1936 was made in a regular declaration to Noël³⁰. . .“ Daß Namier von Lipski, mit dem er während des Krieges in England Kontakt hatte, informiert wurde, ist sicher³¹; ob er darüber hinaus auch von anderen polnischen Refugiés, etwa aus militärischen Kreisen, Nachrichten bezog³², läßt sich nicht feststellen. Auf Namier fußte die Darstellung Holldacks³³ und wahrscheinlich auch die Dirksens³⁴.

Seit dem Jahre 1951 erschienen weitere Beiträge, wiederum aus polnischer Quelle. In dem von der historischen Kommission des polnischen Generalstabes in London im Jahre 1951 herausgegebenen ersten Band des polnischen Generalstabswerkes über die polnischen Streitkräfte im zweiten Weltkrieg³⁵, der auf der damals bekannten Memoirenliteratur, auf Akten, Aufsätzen und Berichten polnischer Generale und Diplomaten beruht, wird festgestellt, daß Marschall Pilsudski im März 1933 einen Präventivkrieg vorgeschlagen habe, um Deutschland zur Einhaltung des Versailler Vertrages zu zwingen. Von westlicher Seite seien ihm aber nur Widerstände, Warnungen und Appelle zum Frieden zuteil geworden³⁶. Kurz darauf er-

²⁹ Ebenda, S. 10.

³⁰ Ebenda, S. 97, Anm. 5. Das oben erwähnte Angebot, das Beck am 7. März 1936 an Frankreich richtete, war ganz offensichtlich nicht ernst gemeint und besaß nur taktische Bedeutung. Vgl. G. Rhode, Aufzeichnungen zur polnischen Außenpolitik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 2. Jg., Heft 1, S. 90–93.

³¹ J. L. Namier, *Europe in Decay*, London 1950, S. 282, Anm. 1.

Lipski hat 1947 selbst darüber berichtet: „Étant en possession de l'offre allemande (gemeint ist das deutsche Angebot eines Nichtangriffspakts vom 28. November), le Maréchal fit encore une fois des ouvertures à la France, suspendit les pourparlers avec Berlin, et partit pour Wilno. Cette fois encore Paris ne manifesta aucune volonté d'action.“ (J. Lipski in: *Sprawy Międzynarodowe*, Nr. 2–3, 1947, S. 15; zitiert bei Beck, a. a. O., S. 32, Anm. 1); vgl. auch J. Lipski, *Przyczynki do polskoniemieckiej deklaracji o nieagresji* (Beitr. zur polnisch-deutschen Nichtangriffsklärung) in: *Bellona*, London, Jan.–Juni 1951, S. 33.

³² Die Angaben Namiers in *Diplomatic Prelude*, S. 15 könnten so gedeutet werden. Namiers Informator war u. a. der polnische General und Militärhistoriker Marian Kukiel.

³³ H. Holldack, *Was wirklich geschah. Die diplomatischen Hintergründe der deutschen Kriegspolitik*, München (1949), S. 18f. Auch Paul Kluge benutzt in seinem Aufsatz „Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen“ (*Historische Zeitschrift* Bd. 171 (1951) S. 535) die Angaben Namiers und anderer.

³⁴ H. v. Dirksen, *Moskau, Tokio, London. Erinnerungen und Betrachtungen zu 20 Jahren deutscher Außenpolitik 1919–1939*, Stuttgart (1949), S. 40 und S. 247.

³⁵ *Polskie Siły Zbrojne w drugiej wojnie światowej. T. I Kampania wrześniowa 1939. Cz. 1. Polityczne i wojskowe położenie Polski przed wojną* (Die polnischen Streitkräfte im zweiten Weltkrieg. Bd. I: Der Septemberfeldzug 1939. Teil 1: Die politische und militärische Lage Polens vor dem Kriege) London 1951. Vgl. auch die Besprechung von Rudolf Neumann in der „*Zeitschrift für Ostforschung*“, 1. Jg., 1952, Heft 1, S. 129–133.

³⁶ Ebenda, S. 29.

schienen im selben Verlag, der 1946 den Aufsatz Wierzbowskis veröffentlicht hatte³⁷, die Erinnerungen des ehemaligen polnischen Außenministers Beck³⁸. In jenem Teil seiner Memoiren, die Beck nach dem Zeugnis seines Kabinettschefs Graf Michael Łubieński im Winter 1939/40 diktiert hatte³⁹, schrieb Beck über das Präventivkriegsthema⁴⁰: „Comme le Maréchal me le dit, il avait examiné attentivement le pour et le contre et toutes les chances d'une guerre préventive, avant de prendre la décision de négocier avec l'Allemagne. Il y avait évidemment, à cet égard, beaucoup d'éléments à considérer. Dans le domaine militaire, le Maréchal estimait que le point le plus faible de notre armée était le commandement supérieur. La faiblesse de nos alliés éventuels à cette époque nous fit abandonner l'idée d'une guerre préventive, et ce qui se produisit plus tard, lors de l'occupation de la zone démilitarisée de Rhin par les troupes allemandes, vint amplement confirmer l'appréciation de la situation sur laquelle nous nous étions basés.“ Dieses Zeugnis Becks fällt also der Abfassungszeit nach mit dem oben erwähnten Interview⁴¹ etwa zusammen. Fast gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Erinnerungen Becks, im März 1952, publizierte der bereits genannte Chef der Archivabteilung im polnischen Außenamt, Pobóg-Malinowski, einen Aufsatz⁴², in dem er erschöpfend über die Präventivkriegsabsichten Pilsudskis im Jahre 1933 berichtete. Neue Gesichtspunkte erbrachte Pobóg-Malinowski allerdings nicht.

In der Nachkriegszeit erschienen auch einige deutsche Beiträge zu diesem Thema. 1947 verwies Brüning darauf, daß „Marschall Pilsudski sich unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme an die französische Regierung mit dem Vorschlag einer gemeinsamen militärischen Aktion wandte“⁴³. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß Brüning mit dieser Feststellung die Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz am 24. März 1933 zu rechtfertigen suchte⁴⁴, so bleibt doch die Möglichkeit offen, daß er sein Wissen alten Beziehungen zu deutschen Regierungskreisen verdankte⁴⁵. Der 1933 amtierende Chef der Präsidialkanzlei, Staatssekretär Otto Meißner, bekundete im Jahre 1950, daß Hitler im Frühjahr 1933 „aus Berichten der deutschen Gesandtschaft in Warschau“ erfuhr, „daß die polnische Regierung in ihrer Befürchtung eines raschen Wiedererstarkens des Reiches Frankreich den Vorschlag eines Präventivkrieges gegen Deutschland gemacht hatte . . .“⁴⁶

³⁷ Siehe oben Anm. 18.

³⁸ J. Beck, *Dernier rapport. Politique Polonaise 1926–1939*. Neuchâtel, o. J.

³⁹ Vgl. das Vorwort, das Łubieński den Erinnerungen Becks voranstellte (Beck, a. a. O. S. IX).

⁴⁰ Beck, a. a. O. S. 66.

⁴¹ Siehe oben Anm. 7.

⁴² Wl. Pobóg-Malinowski, *Niedoszła wojna z Niemcami* (Der nicht zustande gekommene Krieg mit Deutschland) in: *Orzeł Biały* (Weißer Adler), London, 15. 3. 1952, Nr. 11/506.

⁴³ H. Brüning, Ein Brief an R. Pechel, in: *Deutsche Rundschau*, 70. Jg., Juli 1947, S. 1–22.

⁴⁴ Ebenda, Nach Čelovský (a. a. O. S. 58–59) haben indessen Präventivkriegsdrohungen von Seiten Pilsudskis bei der Reichstagsabstimmung vom 24. März keine Rolle gespielt.

⁴⁵ Bekanntlich hat Brüning das Amt des Reichskanzlers bereits im Mai 1932 abgegeben.

⁴⁶ O. Meißner, *Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-Hitler* (Hamburg 1950), S. 335.

Fritz Hesse, der als Journalist und DNB-Vertreter schon 1933 gewisse Beziehungen zum Auswärtigen Amt hatte, berichtete 1954 ausführlich darüber⁴⁷: „Bereits im Februar 1933 setzten, von Warschau ausgehend, und zwar auf besondere Veranlassung des polnischen Kriegsministers Feldmarschall Pilsudski Bemühungen ein, Paris und London zu einem sofortigen Losschlagen gegen Deutschland zu bewegen. Das Auftreten der bewaffneten SA wurde von Polen als eine offene Aufrüstung und damit als Bruch des Versailler Friedensvertrages bezeichnet. Das gäbe den Großmächten das Recht, auf Grund des Versailler Vertrages gegen Deutschland einzuschreiten. Die ersten Berichte, die hierüber in Berlin eintrafen und die mir der Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bülow zeigte, klangen so unwahrscheinlich, daß Bülow zunächst einmal geneigt war, diese Berichte als bestellte Mache von nationalsozialistischer Seite abzutun. Aber im März hatte er bereits seine Ansicht von Grund auf geändert. Die Ansichten der deutschen Spionage, die bekanntlich in Polen besonders gut funktionierte (wie auch umgekehrt die polnische Spionage in Deutschland besondere Erfolge zu verzeichnen hatte!)^{47a} waren einwandfrei; sie bewiesen, daß Polen sich auf einen Einfall in Ostpreußen vorbereitete. Die gewaltsame Besetzung der Westerplatte bei Danzig bewies, daß die Polen auf eine offene Provokation aus waren. In Berlin wurden daher die ersten Mobilisierungsmaßnahmen im Osten angeordnet, die auch noch längere Zeit nach dem Abklingen der Krise bestehen blieben.“

Endlich seien noch zwei französische Zeugnisse der Nachkriegszeit[†] angeführt, die sich ebenfalls mit dem Problem des Präventivkrieges beschäftigen. Der Bericht, den François-Poncet gibt, scheint allerdings auf ungenauer und gerüchtweiser Kenntnis zu beruhen⁴⁸ und beschränkt sich darauf, an den Westerplattenzwischenfall Vermutungen über Präventivkriegsabsichten Pilsudskis zu knüpfen⁴⁹. Viel wichtiger ist das Zeugnis seines Kollegen Laroche, der 1926–1935 französischer Botschafter in Warschau war, denn es wird durch Laroche's eigene, häufig zitierte Berichte dokumentiert⁵⁰.

Laroche erwähnt im Zusammenhang mit dem Westerplattenzwischenfall nichts von eventuellen Präventivkriegsabsichten⁵¹, behandelt aber im Anschluß an die

⁴⁷ F. Hesse, *Das Spiel um Deutschland*, München 1953, S. 22.

^{47a} Es erscheint möglich, daß die polnische Regierung von dem Geheimbefehl Hitlers an die ostpreußische SA vom April 1932 Kenntnis hatte, „wonach im Falle eines polnischen Einmarsches die SA sich der ihr erreichbaren Waffendepots zu bemächtigen, aber durchaus nicht gegen Polen, sondern gegen Königsberg zu marschieren hätte, unter Verweigerung jeder Waffenhilfe, die nicht unter dem höchsten Oberbefehl Hitlers angeordnet werde“. (E. von Arstin, *Krone und Ketten, Erinnerungen eines bayerischen Edelmanns*, München 1954, S. 78.)

⁴⁸ Čelovský (a. a. O. S. 65) hat dies ziemlich eindeutig erwiesen.

⁴⁹ A. François-Poncet, *Souvenirs d'une ambassade à Berlin Septembre 1931 – Octobre 1938, Paris (1946)*, S. 165. (Deutsche Ausgabe: *Als Botschafter in Berlin 1931–1938*, Mainz (1947), S. 169). Auf François-Poncet stützt sich E. Kordt, *Wahn und Wirklichkeit*, Stuttgart (1948), S. 64.

⁵⁰ J. Laroche, *La Pologne de Pilsudski. Souvenirs d'une ambassade 1926–1935*, Paris (1953).

⁵¹ Ebenda, S. 120.

Viererpaktverhandlungen Ende März und Anfang April die Möglichkeit, daß die polnische Regierung derartige Gedanken erwog. Er gibt die Worte, die Beck am 6. April 1933 an ihn richtete, folgendermaßen wieder⁵²: „Si un Etat, seul ou avec d'autres, dit-il avec véhémence, veut s'emparer d'un seul mètre carré de notre territoire, la parole sera au canon! On le sait à Berlin et on se le tient pour dit . . . Il conclut par ces mots qui annonçaient ce qui allait suivre: „Il est préférable de s'expliquer maintenant qu'après 2 ou 3 ans de consolidation du régime hitlerien.“ Diese drohende Sprache Becks erweckte in Laroche den Verdacht, Pilsudski wolle gegen das Reich Gewalt anwenden⁵³. Obwohl es Laroche für unwahrscheinlich hielt, „daß der Marschall an ein derart gewagtes Unternehmen dachte“⁵⁴, ließ er unter den politischen Parteien Erkundigungen einziehen. Ein sozialistischer Parteiführer erklärte ihm: „Si la Pologne est l'objet d'une attaque ou d'une contrainte matérielle, le peuple polonais tout entier se lèvera pour défendre ses frontières, mais cela, bien entendu, uniquement en cas de guerre défensive.“⁵⁵ Es verdient immerhin Beachtung, daß man in sozialistischen Kreisen einen Offensivkrieg Pilsudskis für möglich hielt. Laroche betont sodann, daß die Deutschenverfolgungen und antideutschen Kundgebungen, die im April das öffentliche Leben Polens kennzeichneten, „donnaient lieu en Allemagne au soupçon que le gouvernement de Varsovie préparait une guerre préventive“⁵⁶. Laroche ließ daher – er scheint von den friedlichen Absichten Pilsudskis nicht völlig überzeugt gewesen zu sein – durch seinen Militärattaché General d'Arbonneau Ende April Erkundigungen über die militärischen Vorbereitungen Polens einziehen. D'Arbonneau meldete ihm aber Anfang Mai: „qu'il n'y avait pas eu de préparatifs militaires sérieux du côté polonais, ni au moment de la controverse née du pacte à quatre, ni depuis la tension polono-allemande“⁵⁷. Als das Gespräch zwischen Hitler und Wysocki am 2. Mai die deutsch-polnische Spannung behandelte, kommentierte Beck es folgendermaßen:⁵⁸ „Il m'est indifférent que le gouvernement allemande donne à cet entretien telle ou telle interprétation; seul importe le résultat, qui est de couper court à des bruits tendancieux, et préjudiciables à la Pologne comme à la paix . . . Ceux qui accusent le gouvernement polonais de vouloir la guerre préventive, dont l'idée ne l'a jamais effleuré, pourront tout aussi bien l'accuser de se jeter dans les bras de l'Allemagne.“ Aus den Berichten Laroche geht also hervor, daß man im April 1933 innerhalb und außerhalb Polens Präventivkriegsabsichten Pilsudskis für möglich hielt.

Die Darstellung Laroche schließt die Reihe der Berichte über den „Präventiv-

⁵² Ebenda, S. 123 (Telegramm vom 6. 4. 1933).

⁵³ Laroche schreibt S. 124: „Fallait-il aller plus loin et croire que Pilsudski serait tenté d'agir par la force?“

⁵⁴ Ebenda, S. 124.

⁵⁵ Ebenda, S. 124 (Telegramm vom 4. 4. 1933).

⁵⁶ Ebenda, S. 127.

⁵⁷ Ebenda (Bericht vom 8. 5. 1933).

⁵⁸ Ebenda, S. 128.

krieg“ vorläufig ab⁵⁹. Die Angaben, die sich im Laufe von 20 Jahren angesammelt haben, lassen sich schon bei oberflächlicher Sichtung nach ihrem Werte scheiden. Daß Simone, Pertinax und ihre Abschreiber nur einen geringen Zuverlässigkeitsgrad beanspruchen können, bedarf keiner Erörterung. Dagegen dürften die immer wieder auftauchenden Angaben aus polnischer Quelle, vor allem die Rauschnings, Becks, Lipskis und Namiers ernst zu nehmen sein, wenn man sie nicht in Bausch und Bogen als polnische Propagandathese abtun will. Sie werden zudem durch die Berichte Brünings, Meißners, Hesses und Laroques in gewisser Weise ergänzt. Immerhin bleibt die Grundfrage bestehen, ob es sich um eine echte Überlieferung oder um eine nachträgliche Rechtfertigung im Sinne des Alibi oder der Anklage gegen die „appeasers“ handelt. Daher dürfte auch das Interesse rühren, das die Forschung in den letzten Jahren dem Präventivkriegsthema widmete.

2. Zur Kontroverse

Das Interesse an der hier behandelten Frage wurde, wenn man von Namier und Wheeler-Bennett absieht, erst seit dem Jahre 1950 lebhafter. Hans Adolf Spanaus übernahm in seiner Dissertation⁶⁰ die These vom Präventivkrieg, ohne sie eingehend zu belegen. Zwei Jahre später kam Richard Breyer nach sehr gründlicher Prüfung aller damals vorhandenen Quellen zu der Ansicht, daß Marschall Pilsudski im März und im Dezember 1933 der französischen Regierung ein derartiges Angebot gemacht habe⁶¹.

Im Jahre 1953 versuchte der amerikanische Historiker Henry L. Roberts als erster, die Präventivkriegsthese zu widerlegen⁶². Seine Arbeit genügt indessen den Anforderungen, die das Thema stellt, keineswegs. Roberts zog zur Untersuchung der Präventivkriegsfrage lediglich die Zeugnisse von Simone, Beck, Wheeler-Bennett, Pertinax, Namier, Lipski und Mackiewicz heran, obwohl beim Zeitpunkt der Abfassung die Berichte Rauschnings, Wierzbowskis, Feldmians und vieler anderer Autoren vorlagen. Roberts argumentiert folgendermaßen: Gegen die Prä-

⁵⁹ Der obige Abschnitt behandelt keineswegs alle, sondern nur die wichtigeren Quellenstellen. Zu nennen wären u. a. noch: D. Reed, *Disgrace Abounding*, London 1939, S. 320; H. Fraenkel, *Help Us Germans to Beat the Nazis*, London 1941, S. 49–52; L. Fischer, *Men and Politics*, London 1941, S. 271–272; G. Tabouis, *They Called Me Cassandra*, New York 1942, S. 166–167; W. Goerlitz, *Der deutsche Generalstab*, Frankfurt 1950, S. 404. Eine übersichtliche Zusammenstellung der meisten Quellenstücke siehe in: *Silva rerum. Eppure si volle muovere* (Wiadomości, London, Nr. 395, 25. 10. 1953).

⁶⁰ H. A. Spanaus, *Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1933 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges*, Phil. Diss. Erlangen 1950, Bl. 29.

⁶¹ R. Breyer, *Die deutsch-polnischen Beziehungen und die deutsche Volksgruppe in Polen 1932–1957*, Phil. Diss. Göttingen 1952, Abschnitt: „Die Präventivkriegsgefahr während des Zwischenfalles auf der Westerplatte im März 1933“ (Bl. 75–80 und Bl. 105–106).

⁶² H. L. Roberts, *The Diplomacy of Colonel Beck in: The Diplomats 1919–1939*, hrsg. von Craig und Gilbert, Princeton 1955, S. 579–614. Vgl. vor allem: *Note on Polish proposals for preventive action against Germany* (S. 612–614).

ventivkriegsthese spricht, daß sie in den polnischen Akten, die im September 1939 in Warschau erbeutet wurden⁶³, dann in den Memoiren Noël⁶⁴, in den Untersuchungsberichten des französischen Parlamentsausschusses⁶⁵ und in Becks Memoiren nicht erwähnt werden. Roberts schließt weiter, daß Marschall Pilsudski, falls die Interpretation stimme, die Beck von den Ansichten Pilsudskis gibt, in dem Hitlerregime 1933 kaum „eine ernste Drohung“ habe sehen können. Die Ergebnisse der Konferenzen vom 21. 10. 1933⁶⁶ und vom 12. 4. 1934 (in der letzteren wurde festgestellt, daß das Reich für Polen weniger gefährlich sei als die UdSSR) sollen diese These stützen. Roberts schließt seine Beweisführung mit dem Satz: „If such was the case it would be both unnecessary and dangerous to move against Germany.“

Die Argumente, die Roberts verwendet, sind keineswegs zwingend. Daß in den von ihm angegebenen Quellen keine Nachrichten über Pilsudskis Präventivkriegsangebote erscheinen, dürfte wesentlich daran liegen, daß Pilsudski – nach allen erhaltenen Angaben – lediglich vertrauliche Fühlungnahmen, hauptsächlich über militärische Kanäle, vornehmen ließ. Es ist kaum anzunehmen, daß über einen derart heiklen Gegenstand Akten angelegt wurden. Im einzelnen ist festzustellen: In den im September 1939 von deutschen Dienststellen erbeuteten polnischen Akten finden sich vermutlich deshalb keine Hinweise, weil die polnischen Behörden derart kompromittierende Dokumente – falls sie überhaupt existierten – sicherlich zuerst vernichteten. Noël war im Jahre 1933 französischer Gesandter in Prag und könnte allenfalls auf Umwegen oder nachträglich von Präventivkriegsplänen erfahren haben. Falls Noël dennoch um derartige Pläne wußte, wäre ein Hinweis darauf inopportun gewesen, denn er hätte der Tendenz seines Buches, Beck der Deutschfreundlichkeit anzuklagen, widersprochen. Von den Ergebnissen der französischen Untersuchungskommission wird später noch die Rede sein. Was endlich Beck anbetrifft, so macht Roberts hier eine unrichtige Aussage, denn Beck hat die Präventivkriegspläne Pilsudskis in seinen Erinnerungen erwähnt⁶⁷.

Roberts eigentliche Beweisführung ist noch weniger schlüssig. Er stützt sich im wesentlichen darauf, daß Pilsudski, falls die Becksche Darstellung richtig sei, im Dritten Reich keine ernsthafte Bedrohung Polens sehen konnte. Nun ist es evident und beinahe eine Binsenwahrheit, die des Hinweises auf Beck und die Konferenz vom 21. 10. 1933 nicht bedurft hätte, daß Polen dem Reich damals militärisch weit

⁶³ Auswärtiges Amt 1940, Nr. 3, Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges. Erste Folge. Berlin 1940.

⁶⁴ L. Noël, Une ambassade à Varsovie, 1935–1939. L'agression allemande contre la Pologne. Paris 1946. (Deutsche Ausgabe unter dem Titel: Der deutsche Angriff auf Polen, Berlin 1948.)

⁶⁵ Siehe unten, Anm. 70 und 79 und den zugehörigen Text.

⁶⁶ Roberts verwendet das in seiner Quelle (J. Szembek, Journal 1933–1939, Paris [1952], S. 1) gegebene falsche Datum 1. 10. 1933, obwohl aus dem Inhalt der Notiz Szembeks hervorgeht, daß sich die Konferenz auf den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund bezog, also frühestens Mitte Oktober stattgefunden haben kann.

⁶⁷ Beck, a. a. O. S. 66. – Roberts zitiert – in anderem Zusammenhang – diese Seite sogar selbst.

überlegen war. Indessen handelte es sich im militärischen Bereich nicht um eine aktuelle, sondern um eine potentielle Gefahr für Polen, nämlich um die Aussicht auf Aufrüstung, welche die Abrüstungskonferenz Hitler bot. Dazu trat die politische Bedrohung durch den Viererpakt, der Hitler die Möglichkeit der Revision der deutsch-polnischen Grenze eröffnete, und die Gefahren, die Hitlers maßloses Temperament in sich barg⁶⁸. Besonders unzulässig erscheint daher der Schluß, mit dem Roberts die Ergebnisse der Konferenz vom 12. 4. 1934, die doch nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Deutschland stattfand, auf die Zeit vor diesem Pakt anzuwenden versucht. Allein schon diese Unsicherheit über den chronologischen Zusammenhang entwertet die Beweisführung Roberts'.

Sehr viel tiefer greift dagegen, insbesondere auch in der Quellenerfassung, der Aufsatz von Boris Čelovský über „Pilsuskis Präventivkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland“⁶⁹. Der Autor gibt seiner Arbeit den Untertitel „Entstehung, Verbreitung und Widerlegung einer Legende“ und antizipiert damit seine Ergebnisse. Čelovský kommt zu dem Schluß, daß Polen vor dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund Frankreich „kein formelles Angebot einer präventiven Aktion gegen das nationalsozialistische Deutschland gemacht“ habe; die „allgemein vertretene Behauptung eines polnischen Angebots vom März oder April“ sei „auf die nervöse Stimmung im Ausland und in Deutschland angesichts der nazistischen Innen- und Außenpolitik zurückzuführen“. In dem Zeitabschnitt vom 21. Oktober bis 15. November kam es nach Čelovský „zu einer polnischen Initiative bei der französischen Armee, die sich jedoch im Rahmen der Besprechungen zweier alliierter Generalstäbe bewegte“. Čelovský schließt mit der Feststellung: „Ein formelles polnisches Angebot eines Präventivkriegs gegen Deutschland wurde Frankreich im Jahre 1933 nicht gemacht.“

Čelovský führt im einzelnen aus, daß das Jahr 1933 „durch Kriegsstimmung gekennzeichnet“ sei. Die Presse und die Publizistik Frankreichs, Polens, der ČSR und in geringerem Maße auch Englands hätten über die Möglichkeit eines Präventivkrieges gegen Deutschland geschrieben, was im Reich zu ernsthaften Befürchtungen geführt habe. Diese Gerüchte seien zu einem der Ansatzpunkte für eine spätere Legendenbildung geworden, die von einem konkreten Angebot Pilsudskis an Frankreich wissen wollte.

Anschließend gibt Čelovský eine Übersicht über die meisten der Angaben, die 1937–1954 über dieses Angebot erschienen, und versucht sie zu widerlegen. Die wesentlichsten Argumente sind folgende:

1. Im Jahre 1933 lassen sich aus französischen Äußerungen, vor allem im Parlament, keinerlei Anhaltspunkte dafür gewinnen, daß Pilsudski ein Präventivkriegsangebot gemacht hat.

⁶⁸ Pilsudski schätzte damals, wie sein Gespräch mit Rauschnig am 11. Dezember 1933 erweist, die „Überspannung der Diktaturmaßnahmen“ Hitlers und die „unnatürliche und ungesunde Übersteigerung“ seines Regimes durchaus richtig ein (H. Rauschnig, *Die Revolution des Nihilismus*, S. 408).

⁶⁹ Siehe Anm. 5.

2. Die französische Memoirenliteratur und die Untersuchungsergebnisse der französischen Parlamentskommission⁷⁰ schweigen mit Ausnahme François-Poncets, dessen Zeugnis offenbar ex post abgegeben wurde, ebenfalls über dieses Thema.
3. Die deutschen Zeugnisse – angeführt werden Brüning und Meißner – sind unbelegt, erst nach dem Kriege abgegeben und dienen teilweise Rechtfertigungszwecken.
4. Die Angaben aus polnischer Quelle – vor allem die Rauschnings, Lipskis und Becks – lassen sich auf die Zeit nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund anwenden oder dienen zur Rechtfertigung des deutsch-polnischen Abkommens vom 26. Januar 1934.

Indessen läßt sich auch gegen die Argumentation Čelovskýs, so bestechend sie zu sein scheint, mancherlei einwenden. Einmal ist grundsätzlich, auch von Čelovský, anerkannt worden, daß Marschall Pilsudski den Gedanken eines Präventivkriegs intensiv erwog⁷¹. Schließlich war Polen allein dem Reich militärisch weit überlegen. Aber es sprach vieles gegen ein isoliertes Vorgehen⁷². Offenbar war auch der polnische Generalstab nicht in der Lage, ein selbständiges Vorgehen Polens gegen Deutschland zu planen⁷³. Hier liegt also ein Motiv, das Pilsudski trotz seines Mißtrauens gegen Frankreich zum Kontakt mit ihm nötigte.

Ein weiterer Punkt war die moralische, juristische und diplomatische Fundierung eines Präventivschrittes. Falls Pilsudski gegen Deutschland vorzugehen wünschte, konnte dies nur unter der Voraussetzung geschehen, daß Hitler Verstöße gegen den Versailler Vertrag, vor allem gegen die Rüstungsbestimmungen, nachgewiesen wurden. Pilsudski ließ alle Einzelheiten darüber sorgfältig erkunden⁷⁴. Die militärische Planung Polens war, seitdem Marschall Foch während der Ruhrkrise im Mai 1923 in Warschau geweltet hatte, auf „Angriffshandlungen mit Präventivcharakter“, die als „Strafinterventionen“ gegen Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und Hinterpommern deklariert wurden, ausgerichtet⁷⁵. Derartige Schritte konnten nur im Einvernehmen mit Frankreich unternommen werden, gewissermaßen als Neuauflage der Ruhrbesetzung unter polnischer Beteiligung. Man wird also den Ausdruck „Präventivkrieg“ als eine militärische Okkupation deutscher Ostprovinzen mit dem Ziel, Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrags zu zwingen, zu verstehen haben.

Es dürfte also feststehen, daß Pilsudski im Jahre 1933 eine Präventivaktion gegen

⁷⁰ Les Événements survenus en France de 1933 à 1945; Rapport, I–II, Témoignages et documents, I–IX, Paris (1947–1953).

⁷¹ Čelovský a. a. O. S. 69.

⁷² Nach den Angaben des polnischen Generalstabswerkes (Polskie Siły Zbrojne, I, 1, S. 111 bis 115) hatte der polnische Generalstab damals lediglich Pläne für eine gemeinsame polnisch-französische Offensive, nicht aber für selbständige Operationen gegen Deutschland ausgearbeitet.

⁷³ Nach Beck war Pilsudski der Ansicht, „que le point le plus faible de notre armée était le commandement supérieur“. (Beck, a. a. O. S. 66.)

⁷⁴ J. Laroche, a. a. O. S. 136–137.

⁷⁵ Polskie Siły Zbrojne, I, 1, S. 111–112.

Hitler erwog und diese ohne Beteiligung Frankreichs keinesfalls durchführen konnte. Unter diesen Umständen gewinnen die Angaben über Sondierungen Pilsudskis in Paris erheblich an Wahrscheinlichkeit. Dabei ist festzuhalten, daß es sich nach den erhaltenen Angaben niemals um ein formelles Angebot Pilsudskis gehandelt hat, sondern um Fühler, die neben der offiziellen Diplomatie her in vorsichtiger Form – sei es durch die Militärattachés, sei es durch Sonderbotschafter – ausgestreckt wurden. Pilsudski hatte gerade 1933 eine besondere Vorliebe für die Fiktion, „von Armee zu Armee“ zu sprechen⁷⁶. Sehr gerne verwendete er Sonderbotschafter – für die Präventivkriegs sondierungen wird einmal General Wieniawa-Długoszewski genannt –, die ausschließlich und allein ihm Bericht erstatteten. So entsandte er beispielsweise im Mai 1933 seinen ehemaligen Adjutanten Graf Georg Potocki als Sonderbotschafter zu Kemal Atatürk. Er gab ihm folgende Instruktion: „Deshalb schicke ich Euch auf diesen Posten, damit Ihr nicht nur die polnische Regierung vertretet, sondern damit Ihr mein persönlicher Vertreter in der Türkei seid und nach meinem Befehl mit ihm in persönlichen Kontakt kommt. Dies soll kein geschriebenes Wort sein, auch kein Brief, sondern eine mündliche Instruktion, die eine einfache Aufforderung und ein Händeausstrecken von mir zu Kemal sein soll.“ Potocki sollte als „Adjutant und Vertrauensmann Pilsudskis“ auftreten und seine Mission „ohne Unterrichtung der Regierungen und Parlamente, und sogar der Minister“ durchführen⁷⁷. Wenn also Marschall Pilsudski in Paris überhaupt Sondierungen vornehmen ließ – und die größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür –, dann geschahen sie auf die oben beschriebene Art⁷⁸. Somit können in Frankreich damals nur wenige Männer – vielleicht Ministerpräsident Daladier, General Weygand als Generalinspekteur der bewaffneten Macht, der Generalstabschef General Gamelin, der Kriegsminister und allenfalls Außenminister Paul-Boncour – von den Anfragen Pilsudskis gewußt haben. Damit ist auch hinlänglich klar, warum sich 1933 in den Debatten des französischen Parlaments keine Spuren von Pilsudskis Sondierungen auffinden lassen. Daß die Beteiligten weder in ihren Memoiren noch vor dem Untersuchungsausschuß des Parlaments über Pilsudskis Initiative ausagten, ist ebenfalls kein schlüssiger Beweis. Selbst wenn man die Möglichkeit menschlicher Vergeßlichkeit beiseite läßt, so konnte es doch offensichtlich niemals

⁷⁶ Vgl. dazu Laroche, a. a. O. S. 111–112, S. 136–137, S. 141.

⁷⁷ Nach der Abschrift des Berichtes Potockis im Archiv des Pilsudski-Institutes in New York. Abgedruckt in: W. Jędrzejewicz, Pilsudski i Kemal (Pilsudski und Kemal) in: *Wiadomości*, Nr. 21 (425), London, 23. Mai 1954. Der Autor, wahrscheinlich der Bruder des 1933 amtierenden polnischen Ministerpräsidenten, erwähnt das Präventivkriegsangebot Pilsudskis ebenfalls.

⁷⁸ Michael von Unruh (Unrug), als ehemaliger Adjutant Pilsudskis und Bruder des ehemaligen polnischen Flottenchefs Josef von Unruh gut orientiert, beschreibt in einem Brief vom 29. 1. 1955 an den Verfasser die Präventivkriegs sondierungen Pilsudskis folgendermaßen: „Ich muß hierzu bemerken, daß England über dieses Thema überhaupt nicht befragt worden ist, ebensowenig wie es je eine offizielle D marche diplomatischer Natur von seiten Polens in Paris gegeben hat. Es handelte sich lediglich um vertrauliche, mündliche Fühler durch militärische Kanäle, und zwar durch Marschall Pilsudski persönlich. Sie führten zu keinem Resultat.“

im Interesse der Betroffenen liegen, ihren Anklägern das Argument zu liefern, sie hätten eine von Polen gebotene Chance, Hitler in den Arm zu fallen, versäumt⁷⁹. Der zuverlässigste und unverdächtigste französische Zeuge, der Botschafter in Warschau, Laroche⁸⁰, war zwar während der Westerplattenaffäre noch ohne Argwohn, sah sich aber doch im April zu den obengenannten Nachfragen veranlaßt⁸¹. Daß die Berichte Meißners und Brünnings erst nach dem Kriege abgegeben wurden, unbelegt sind und Rechtfertigungszwecken dienen, wie Čelovský betont, ist unbestritten. Man wird ihnen denselben Quellenwert zubilligen dürfen wie der gesamten Nachkriegs-Memoirenliteratur: Ihr Bericht wird nur dann gültig sein, wenn er durch andere, zuverlässigere Quellen erhärtet wird.

Damit bleiben die Angaben aus polnischer Quelle als entscheidende Zeugnisse übrig. Der Bericht Rauschnings vom Jahre 1937 kann von Čelovský nicht widerlegt werden; Čelovský hebt lediglich hervor, „daß es sich um eine polnische Information handelt, und daß diese höchstwahrscheinlich nach dem Abschluß der deutsch-polnischen Erklärung erteilt wurde“⁸². Wenn Pilsudski mit dieser „Behauptung“⁸³ seine Deutschlandpolitik hätte rechtfertigen wollen, so wäre es sehr ungeschickt gewesen, dies ausgerechnet gegenüber Rauschning zu tun und so den kaum geschlossenen Nichtangriffspakt mit Deutschland selbst zu stören. Die Darstellung, die Lipski direkt und indirekt durch Namier gibt, daß Pilsudski im November 1933 „encore une fois“ bzw. „once more“ wegen einer Präventivaktion in Paris habe sondieren lassen, hat Čelovský ebenfalls nicht entkräftet. Endlich bleibt auch das Zeugnis Becks in vollem Wortlaut bestehen. Čelovský versucht lediglich, die Erwägungen Pilsudskis auf Ende Oktober 1933 zu datieren, was er aber in keiner Weise belegen kann.

Es dürfte also feststehen, daß die „Legende“ vom Präventivkriegsplan Pilsudskis durch Čelovský zwar in ihrer Wahrscheinlichkeit etwas erschüttert, aber keineswegs mit schlagenden Argumenten widerlegt worden ist. Man wird dem Autor darin zustimmen dürfen, daß „ein formelles polnisches Angebot eines Präventivkriegs gegen Deutschland“ im Jahre 1933 nicht gemacht wurde. Die Möglichkeit aber, daß Marschall Pilsudski mehrmals vertraulich und inoffiziell in Paris wegen einer präventiven militärischen Sanktion gegen Deutschland anfragen ließ und die französische Regierung darauf nicht einging, bleibt offen. Es besteht kein zwingender Grund, an den Zeugnissen aus kompetenter polnischer Quelle zu zweifeln.

Darüber hinaus gibt es gewisse Indizien, welche die polnische These stützen⁸⁴.

⁷⁹ Paul-Boncour und Weygand bestritten später ausdrücklich, daß ein Angebot Pilsudskis an sie gelangt sei. Daladier gab die Möglichkeit zu, daß über den Militärattaché eine derartige Anfrage erfolgt sei, erklärte jedoch, er sei nie informiert worden (A. Bregman, *Legenda czy fakt historyczny* [Legende oder historische Tatsache] in: *Dziennik Polski*, London, 4. 1. 1954).

⁸⁰ Čelovský sagt von ihm: „Es ist die Stimme eines Kronzeugen.“ (a. a. O. S. 67).

⁸¹ Siehe Anm. 51–58 und den zugehörigen Text.

⁸² Čelovský, a. a. O. S. 62.

⁸³ Ausdruck Čelovskýs (S. 62).

⁸⁴ Auf die in den Anm. 19, 26 und 36 genannten Zeugnisse soll im folgenden nicht mehr eingegangen werden.

Weder Roberts noch Čelovský haben sie verwendet. Die erste polnische Initiative ist nach den vorliegenden Nachrichten während der Westerplattenaffäre (6. bis 15. März 1933) erfolgt. Es steht fest, daß Marschall Pilsudski in dieser Zeit Truppen im Korridor so versammelte, daß sie jederzeit zu einer Strafintervention gegen Danzig oder Ostpreußen eingesetzt werden konnten⁸⁵, wofür ja ausgearbeitete Aufmarsch- und Operationspläne vorlagen⁸⁶. Als gesichert kann auch gelten, daß die militärische Führung des Reichs damals an die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden polnisch-französischen Präventivkriegs ernsthaft glaubte. Reichswehrminister von Blomberg beauftragte Mitte März den Chef der Heeresleitung, General von Hammerstein, und den Chef des Truppenamts, General Adam, ihm sofort schriftlich zu berichten, ob das Reich in der Lage sei, einen Krieg gegen Frankreich und Polen zu führen. Beide verneinten dies kategorisch⁸⁷. Adam schrieb damals⁸⁸: „Bei der ungeheuren Zahlen- und Rüstungsüberlegenheit der Franzosen und Polen, zu denen sich wahrscheinlich die Tschechen gesellen, sind die Möglichkeiten, den Krieg auch nur auf Zeitgewinn zu führen, gering.“ Nachdem er diese Möglichkeiten eingehend behandelt hatte, kam er zu folgendem Ergebnis: „Wir können zur Zeit keinen Krieg führen. Wir müssen alles tun, ihn zu vermeiden, selbst um den Preis diplomatischer Niederlagen . . . Aber auch, wenn wir alles tun, um den Krieg zu vermeiden und dem Feind auch jeden Vorwand zum Krieg nehmen: Wir können den Krieg nicht verhindern, wenn die andern ihn präventiv führen wollen.“

Die Befürchtungen fanden ihren Niederschlag in der Ministerbesprechung vom 7. April 1933, in der Neurath u. a. ausführte⁸⁹: „Der Ernst der uns bedrohenden Gefahren ist nicht zu unterschätzen. Mit dem Gedanken eines Präventivkriegs wird von verschiedenen Seiten bereits gedroht . . . Daß Polen mit dem Gedanken eines Präventivkriegs wegen unserer territorialen Forderungen spielt, ist bekannt.“ Es ist kaum zu bestreiten, daß die polnischen Angaben über Präventivkriegsanfragen in Paris im März dadurch einen höheren Grad an Wahrscheinlichkeit gewinnen. Mindestens wird festzuhalten sein, daß Pilsudski, wie der deutsche Botschafter in Warschau, von Moltke, am 11. März berichtete, „mit dem Feuer spielte“ und einen „*dolus eventualis*“ im Sinne hatte⁹⁰.

⁸⁵ Vgl. dazu A. Pilsudska, Pilsudski. A biography by his wife Alexandra P. New York 1941, S. 340–341, und Ostland 1933, S. 106.

⁸⁶ *Polskie Siły Zbrojne*, S. 111–112.

⁸⁷ Eidesstattliche Erklärung General Adams vom 8. 3. 1948. (Krupp-Prozeß, Verteidigungsdokumentenbuch 2b, Nr. 104.)

⁸⁸ Zitiert nach dem Originalentwurf der Denkschrift Adams von Mitte März 1933 (Eidesstattliche Erklärung General Adams vom 5. 3. 1948, Krupp-Prozeß, Verteidigungsdokumentenbuch 2b, Nr. 105).

⁸⁹ „Ganzer Auszug aus der Niederschrift über die Ministerbesprechung vom 7. April 1933“ (Reichskanzlei, Akten betr. Auswärtige Politik, Allgemeines, Bd. 1, vom 1. Febr. 1933; ungedrucktes Nürnberger Dokument NG-2456).

⁹⁰ Auswärtiges Amt 1939, Nr. 2, Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Berlin 1939, Nr. 24. Durch die obengenannten Belege gewinnt auch die Darstellung des sonst nicht gerade zuverlässigen Hesse (siehe Anm. 47) erhöhten Wahrscheinlichkeitswert. Deshalb wurde sie in voller Breite zitiert.

Für die zweite polnische Initiative, die etwa in die Zeit vom 18.–21. April zu verlegen ist, existieren noch deutlichere Hinweise. Major M. B. Lepecki, damals einer der Adjutanten Pilsudskis, bekam am 18. April ein Dokument zu Gesicht, aus dem hervorging, daß der Marschall den Krieg gegen das Reich vorbereitete⁹¹. Über die Erkundigungen, die Botschafter Laroche um dieselbe Zeit einziehen ließ, wurde oben schon berichtet. Der tschechische Gesandte in Warschau, Girsas, erhielt Ende April oder Anfang Mai 1933 aus den Kreisen der polnischen Opposition folgende Information⁹²: „Der Gedanke eines Präventivkrieges hat Anhänger nicht nur in Marschall Pilsudski, sondern auch im Generalstab, der schon gewisse Maßnahmen an den Grenzen getroffen hat. So wurde Anfang April mit der Konzentration der Kavallerie an der deutsch-litauischen Grenze und im Korridor begonnen, wohin gleichzeitig die polnische Elitetruppe KOP von der Sowjetgrenze konzentriert wurde.“ Auch Moltke war in der zweiten Hälfte des April 1933 überzeugt, daß Pilsudski ein offensives militärisches Vorgehen gegen Deutschland plane. Er suchte deshalb am 22. April den französischen Botschafter Laroche auszuhorchen. „Il reconnut“, schrieb Laroche über Moltke in seinem Telegramm am 22. April⁹³, „que seule une guerre défensive serait admise par l'opinion, mais fit remarquer qu'en pareil cas il était difficile de déterminer s'il y avait ou non agression.“ Moltke suchte ferner zu erfahren, ob Frankreich bei einem offensiven Vorgehen Pilsudskis mitgehen oder es tolerieren werde. Laroche berichtete über seine Antwort:⁹⁴ „... je mentionnai que le gouvernement polonais considérait son alliance avec la France comme la base essentielle de sa politique, et que cette alliance avait un caractère strictement défensif.“ Entsprechend berichtete Moltke an Hitler. Staatsminister Meißner bezeugt dies folgendermaßen⁹⁵: „Die ersten Nachrichten über den Versuch der polnischen Regierung, Frankreich zu einem Präventivkrieg gegen Deutschland zu bewegen, erhielt Hitler in der zweiten Hälfte April, und zwar in einem persönlichen Geheimbericht des Gesandten von Moltke, der, soviel mir erinnerlich ist, auch durch einen mündlichen Vortrag bei Hitler ergänzt wurde.“ Damit erhält die These von einer Anfrage Pilsudskis im April eine wichtige Bestätigung.

Die dritte Anregung Pilsudskis fällt nach Lipski in die Zeit nach dem 28. November 1933. Diese Anfrage wird auch von Čelovský nicht bestritten, wenn er sie auch ohne zwingenden Grund entgegen dem klaren Wortlaut Lipskis auf die Zeit „vor dem 15. November (und wahrscheinlich noch Ende Oktober)“⁹⁶ datiert. Zu dieser Umdatierung besteht keinerlei Veranlassung. Auch Laeuen⁹⁷ setzt diese Anfrage

⁹¹ Siehe: *Silva rerum*, a. a. O. Nach Pobóg-Malinowski (siehe den in Abschnitt 1, Anm. 42 genannten Aufsatz) ließ Pilsudski Ende April ein „Dekret für den Fall eines Krieges“ und die Bildung einer „Regierung der Verteidigung und nationalen Einheit“ vorbereiten.

⁹² Aus dem Bericht Girsas vom 10. Mai 1933 (Prager Akten Nr. 10).

⁹³ Nach Laroche, a. a. O. S. 126.

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ In einem Brief an den Verfasser vom 12. Januar 1953. Der Bericht Laroches erschien erst nach dem Tode Meißners im Druck.

⁹⁶ Čelovský, a. a. O. S. 68.

⁹⁷ H. Laeuen, a. a. O. S. 122.

in die Zeit nach dem 28. November. Für die Datierung Lipskis spricht ferner, daß die deutsch-polnischen Nichtangriffspaktverhandlungen nach dem 28. November eine dilatorische Behandlung erfuhren, weil Hitler sie nach polnischer Ansicht zur Remilitarisierung des Rheinlandes benutzen wollte⁹⁸, und daß Pilsudski in jener Zeit, also im Dezember 1933, die Beziehungen zu Frankreich und, wie im April, auch zur ČSR wieder enger gestalten ließ⁹⁹. Diese Anfrage wird also entsprechend der Datierung Lipskis auf Dezember 1933 anzusetzen sein. Daß Laroche diese Anfrage nicht erwähnt, kann darauf zurückzuführen sein, daß sie – nach Namier – durch militärische Kanäle ging.

Als Ergebnis ist also festzustellen, daß Marschall Pilsudski möglicherweise im März, mit großer Wahrscheinlichkeit aber im April und im Dezember 1933 in Paris Sondierungen wegen einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen das nationalsozialistische Deutschland vornehmen ließ. Diese Sondierungen erfolgten nicht auf dem üblichen und offiziellen diplomatischen Wege, sondern durch Sonderbevollmächtigte aus militärischen Kreisen. Die Anregungen des Marschalls zielten weiterhin weniger auf einen allgemeinen, das ganze Gebiet des Reiches einbeziehenden Präventivkrieg ab als vielmehr – nach dem Vorbild der Ruhrbesetzung – auf die Okkupation territorialer Faustpfänder, etwa Ostpreußens oder Schlesiens, um dadurch Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrages zu zwingen. Es dürfte ferner gesichert sein, daß die französische Regierung auf alle diese Angebote nicht einging.

Andererseits erscheint es sehr wohl möglich, daß die These Čelovskýs, die Kriegsstimmung des Jahres 1933 sei zum Ansatzpunkt für spätere Legendenbildung über Präventivkriegsgerüchte geworden, Ursache und Wirkung vertauscht. Wahrscheinlich ist es, daß in diesem Jahre unklare Gerüchte über die verschiedenen, von Polen an Frankreich gerichteten Angebote an die Öffentlichkeit drangen, um die sich dann später ein Kranz von Vermutungen und Entstellungen rankte. Jedenfalls wird man nach der augenblicklichen Quellenlage nicht das Recht haben, die vielen Berichte polnischer Provenienz über das Thema Präventivkrieg in Zweifel zu ziehen.

Damit dürfte endlich auch feststehen, daß der „Krieg“ gegen Hitler, der infolge der Ablehnung Frankreichs nicht stattfand, seinen bedeutsamen Einfluß auf die Deutschlandpolitik Pilsudskis gehabt hat. Man mag zweifeln, ob der Marschall die Situation richtig einschätzte, als er die Initiative zu einer derartigen Aktion ergriff, die an die Ruhrbesetzung von 1923 erinnerte. Er dachte in Begriffen eines Krieges mit begrenztem Ziel und freigewähltem Moment, bei dem massenmäßige Haßgefühle wohl benutzt, zugleich aber in Schranken gehalten werden sollten. Sicher entsprach ein solcher „Krieg“ eher der polnischen Staatsraison als einer, bei dem es

⁹⁸ Vgl. die Telegramme Laroches vom 21. 12. 1933 und vom 30. 1. 1934 (Laroche, a. a. O. S. 145 und S. 149).

⁹⁹ Vgl. das Telegramm Laroches vom 8. 1. 1934 (Laroche, a. a. O. S. 146) und die Unterredung zwischen General Sosnkowski und dem tschechischen Gesandten in Warschau, Girsá, Anfang Januar 1934 (Prager Akten Nr. 18). Sosnkowski sagte Girsá, „daß die polnischen Militärkreise dieselbe Animosität gegen Deutschland wie früher hegen und daß sie kein Vertrauen zu irgendwelchen positiven Ergebnissen jener Verhandlungen haben, die Polen mit Deutschland gerade führt.“

um Sein oder Nichtsein ging. Indessen lag gerade hier eine Schwäche des Planes, da er in Frankreich, aber auch in Polen die Vorstellung eines totalen Vernichtungskrieges wachrufen mußte, eines Krieges, der nur im Falle der Verteidigung erlaubt sein durfte. Gerade das Scheitern dieser begrenzt gedachten Initiative aber trieb den Ausgleich mit dem Reich voran. Als der Weg der militärischen Intervention sich als ungangbar erwies, empfahl sich ein anderer Weg, für den auch sonstige Gründe sprachen. Daher bildete der Fehlschlag des Präventivkriegsplanes eine wichtige Voraussetzung für das Zustandekommen der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung.

Nach Abschluß des Manuskripts erschien der Aufsatz „Did Pilsudski attempt to initiate a preventive war?“ (in: *The Journal of Modern History*, Vol. XXVII, No. 2, June 1955, S. 135–151) von Zygmunt J. Gasiorowski, Assistant Professor of History, Eastern Washington College of Education. Professor Gasiorowski hat sich bereits durch seine Arbeit „The German-Polish non-aggression pact of 1934“ (in: *Journal of Central European Affairs*, Vol. XV, No. 1, April 1955, S. 3–29) als spezieller Kenner der polnischen Außenpolitik der Jahre 1933/34 ausgewiesen. In beiden Arbeiten, die stofflich und darstellerisch sich überschneiden, lehnt Gasiorowski die These vom Präventivkriegsangebot Pilsudskis entschieden ab. Er stützt seine Argumentation, soweit es um das eigentliche Thema geht, nur auf die bereits bekannten, durchweg auch hier benutzten Quellen, die er – manchmal etwas gewaltsam – in seinem Sinne interpretiert. Er hat dagegen einige von mir verwendete Quellen, vor allem das in den Anm. 85–89 genannte zeitnahe deutsche Material, das für das Thema doch erheblich ist, nicht herangezogen. Im übrigen zielt seine Beweisführung insofern ins Leere, als sie Pilsudski von dem Vorwurf, eine Aggression gegen Deutschland und die Annexion deutschen Gebietes geplant zu haben, freisprechen soll und deshalb jede Initiative auf seiner Seite bestreitet, während eine solche tatsächlich vorgeliegen hat, aber mehr in Richtung einer „Polizeiaktion“, die Hitler zur Einhaltung des Versailler Vertrages zwingen sollte.

HEINZ GOLLWITZER

BAYERN 1918–1933¹

Vorbemerkung des Herausgebers: Im allgemeinen bringen die Vierteljahrshefte keine Einzelbesprechungen, sondern suchen den Neuerscheinungen durch Sammelreferate oder Forschungs- bzw. Problemberichte gerecht zu werden. Im folgenden handelt es sich um einen Aufsatz, der zugleich vier Bücher zu einem Spezialthema bespricht, das seinerseits sich in allgemeinere Zusammenhänge von großem zeitgeschichtlichem Interesse einordnet. Es ist der Ausweg gewählt worden, den ersten im wesentlichen besprechenden Teil in kleinerem Druck zu setzen. H. R.

Der Weg des Freistaates Bayern von der Novemberrevolution 1918 zur nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 ist von Problemen überschattet, die ein mehr als nur landesgeschichtliches Interesse beanspruchen dürfen. Die Fragen, die damals den Inhalt der

¹ W. G. Zimmermann, *Bayern und das Reich 1918–1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion*. Pflaumverlag München, 1953, 202 S. – K. Sendtner,